

Wolfgang Ischinger

»Gedanken zur Rolle Deutschlands und Europas angesichts einer zunehmend unsicheren und gefährlichen weltpolitischen Lage«

Zunächst gratuliere ich Ihnen, sehr geehrte Vorrednerin, für Ihre wunderbare Rede – damit haben Sie der Kultur einmal mehr einen hohen Dienst erwiesen.

Nun möchte ich vor allem ganz herzlich der Hanns Martin Schleyer-Stiftung danken, der Jury, und insbesondere Ihnen, lieber Wilfried Porth, als Vorsitzenden des Vorstandes der Schleyer-Stiftung. Danken möchte ich auch der Familie Schleyer. Hanns-Eberhard Schleyer und ich kennen uns seit vielen Jahren und auch aus diesem Grund freue ich mich sehr, heute Abend hier zu sein. Besonderer Dank gilt auch meinem langjährigen Freund Radosław Sikorski und seiner Rede. Für diejenigen, die es nicht wissen: Radek Sikorski und seine Ehefrau Anne Applebaum repräsentieren für mich das Beste, was Europa, was der Westen, was die transatlantische Community an politischer und intellektueller Führungskraft zu bieten haben.

Meine Damen und Herren, die Hanns Martin Schleyer-Stiftung tritt ein für die Förderung einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft. Dieses Eintreten für demokratische, rechtsstaatliche Grundprinzipien nach innen und nach außen wird natürlich auch zu den ganz zentralen Fragen einer künftigen Bundesregierung zählen müssen, denn anders als viele in der Vergangenheit erwarteten, hat sich das Modell liberaler Demokratie in der Welt nicht stetig ausgebreitet, sondern ist im Gegenteil auf dem Rückzug. Laut aktuellem Report von Freedom House war das Jahr 2020 das 15. Jahr in Folge, in dem sich der Zustand der liberalen Demokratie weltweit

verschlechtert, nicht verbessert hat. Weniger als 20 % der Weltbevölkerung leben nun in einer freiheitlichen Demokratie. Das ist der geringste Anteil seit 1995. Wir sind also in der Defensive, nicht in der Offensive. US-Präsident Biden nannte den zunehmenden Systemkonflikt zwischen Demokratie und Autokratie bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2021 einen „inflection point“ – einen Wendepunkt der Geschichte, sozusagen einen Epochenumbruch. Diese Krise des liberalen, demokratischen Ordnungsmodells ist nur eine der recht zahlreichen Krisen, in denen sich außenpolitische Gewissheiten Deutschlands aufgelöst haben – und die künftige Bundesregierung, die Europäische Union wie unsere Partner deshalb mit ganz neuen Herausforderungen konfrontieren.

Lassen Sie mich hierzu einige Beispiele nennen:

Ungefähr 70 Jahre lang konnte zumindest meine Generation, konnte die deutsche Außenpolitik, fest daran glauben und fest darauf vertrauen, im Falle des Falles von den USA, vom amerikanischen NATO-Nuklearabwehrschirm beschützt zu werden. Nach den vier Jahren Donald Trump müssen wir uns, wenn wir ernsthaft um unsere Sicherheit besorgt sind, mit der Frage befassen, was würde denn aus der Sicherheit Deutschlands werden, wenn ein zweiter Donald Trump die Drohung mit der Verabschiedung aus dem Nordatlantischen Bündnis wahr machen würde? Hätten wir einen Plan B? Haben wir eine Antwort darauf, dass die USA heute weniger als früher bereit sind, überproportionale Beiträge zur Erhaltung der internationalen Stabilität und Ordnung zu leisten? Wer springt hier ein? Europa verfügt heute, leider, sage ich, weder über die Fähigkeit noch anscheinend über den Willen, dort Konflikte eindämmen zu wollen oder zu können, wo sich die USA zurückgezogen haben oder im Begriff sind, sich zurückzuziehen. Die aktuellsten und verheerendsten Konflikte, in denen Europa kaum mehr als Zuschauer war, waren Syrien und Afghanistan. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz haben wir hierfür den Begriff „Westlessness“ gefunden, um dieses Phänomen zu bezeichnen. Soweit zu meinem ersten Punkt.

Ebenfalls seit fast 70 Jahren konnten wir an die „ever closer union“ der Europäischen Union glauben. Nicht nur durch Eurokrise und Brexit, sondern auch durch die aktuellen rechtsstaatspolitischen Auseinandersetzungen in der Europäischen Union ist dieser Glaube zumindest ins Wanken geraten. Was muss, könnte, was sollte vonseiten Berlins unternommen werden – wir sind ja nicht ganz unwichtig in der europäischen Konstruktion –, um das europäische Projekt wieder in eine bessere und stabilere Zukunft zu führen? Ganz ohne mutige Visionen, etwa zur Kapitalmarktunion, ohne entsprechende deutsche oder besser deutsch-französische Initiativen – oder noch besser, wenn wir träumen könnten, Stichwort

„Weimarer Dreieck“, deutsch-französisch-polnische Initiativen – wird das nichts werden.

Als drittes Beispiel unser Verhältnis zu Russland und zu China: Lange haben wir uns an die Vorstellung einer dauerhaften strategischen Partnerschaft mit Russland geklammert, eingebettet in das Regelwerk der Charta von Paris von 1990 und eine als stabil unterstellte gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur. Davon kann jedoch spätestens seit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine keine Rede mehr sein. Es kommen die permanenten Hackerangriffe, die Behandlung des Falls Nawalny und verschiedene, zum Teil kriminelle Vorfälle hinzu, was ich jetzt nicht näher ausführen will.

Meine Damen und Herren, eigentlich ist längst eine deutsche Brandrede überfällig, so wie sie Ende der siebziger Jahre schon einmal in einer nicht direkt vergleichbaren, aber ähnlichen Situation vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gehalten wurde. Eine Brandrede, um die Sorge auszudrücken, was es für sicherheitspolitische Folgen haben könnte, dass russische, nuklearfähige Kurzstreckenraketen, die in wenigen Minuten Berlin erreichen könnten, inzwischen im Gebiet von Kaliningrad stationiert sind. Haben wir dieses Erpressungspotenzial im Griff? Können wir dem etwas entgegensetzen? Was mich in den letzten Wochen, und sicherlich nicht nur mich, hierzu beschäftigt: Warum spielen solche Themen, die für uns langfristig betrachtet von existenzieller Bedeutung sein könnten, in unserem bisherigen Wahlkampf und vermutlich auch in der Nachwahlkampfkoalitionsarithmetik keine hinreichend wichtige Rolle?

Stattdessen heißt es immer noch, Sicherheit in Europa könne es nur mit Russland geben. Kann es sein, dass es heute aber weniger um Sicherheit mit als um Sicherheit vor Russland geht? Jedenfalls für einige unserer unmittelbaren Nachbarn.

Wenn wir Deutschen über Entspannungspolitik, über Schuld aus dem Zweiten Weltkrieg, Nazi-Herrschaft und über das wichtige Thema Versöhnung sprechen, dann adressieren wir diese Gedanken häufig fast ausschließlich in Richtung Moskau. Und dafür gibt es ja durchaus nachvollziehbare Gründe. Das geht so weit, dass kürzlich argumentiert wurde, die Nord Stream 2-Pipeline habe etwas mit der Versöhnung und dem Dialog und der Verpflichtung zum Brückenbau mit Moskau zu tun.

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht ist das eine schwere Fehleinschätzung. Die Ukraine, heute ein unabhängiger Nachbarstaat der Europäischen Union, hat vermutlich mehr unter der Wehrmacht und der SS gelitten als irgendein anderer Teil der früheren Sowjetunion. Die Ukraine verlor im Zweiten Weltkrieg ein Viertel ihrer Gesamtbevölkerung. Müssen

wir also nicht möglicherweise auf ukrainische Sorgen, Nöte und Interessen genauso Rücksicht nehmen und in diesem Sinne Brücken bauen? Oder ist die Ostpolitik von Willy Brandt – an der ich als ganz junger Mitarbeiter im Auswärtigen Amt noch ein wenig mitwirken durfte –, die mit Polen anfang, die sich mit allen Staaten des Warschauer Paktes einschließlich der Sowjetunion beschäftigte, inzwischen zu einer Ostpolitik abgemagert, die sich nur noch um Russland kümmert?

Hoffnungen, die viele von uns teilten, dass sich China zu einem demokratischen, offenen System entwickeln würde, haben sich nicht erfüllt. „Wandel durch Handel“ war also – zumindest bisher – auch im Falle Chinas nicht erfolgreich. Ganz im Gegenteil: Das System wird autoritärer nach innen und aggressiver nach außen. China wird, dazu muss man keine prophetischen Gaben haben, das zentrale außenpolitische Streitthema im transatlantischen Umgang sein. Die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft, die mir auch persönlich sehr am Herzen liegt, wird deshalb ganz wesentlich auch von der Frage abhängen, ob die Europäische Union Washington und anderen gegenüber mit einer Stimme sprechen kann; wir werden von der amerikanischen Chinapolitik überrollt werden, wenn die USA weiterhin mit 27, zum Teil sehr unterschiedlichen nationalen Prioritätensetzungen zu tun hat. Können wir dann hoffentlich auch mit einer Stimme in Peking auftreten?

Lassen Sie mich zum Abschluss noch drei Vorschläge unterbreiten, wovon zwei zu den 15 außenpolitischen Anregungen gehören, die die Münchner Sicherheitskonferenz der nächsten Bundesregierung nahelegt. Der dritte Punkt ist schließlich eine persönliche Vision:

Die deutsche und die europäische Außenpolitik befinden sich, lassen Sie es mich so ausdrücken, in einer Schlechtwetterzone mit hohem Wellengang und Orkangefahr. In einer solchen Lage ist es wichtig, dass deutsche Minister und Ministerien in Brüssel oder anderswo nicht mit zu stark unterschiedlichen Akzentsetzungen und Prioritäten auftreten, die gelegentlich von koalitionspolitischen Profilierungsinteressen getrieben sind und oft für mehr Verwirrung als Klarheit sorgen.

Hierzu es ist überfällig, den seit Jahrzehnten bestehenden Bundessicherheitsrat im Sinne eines veritablen nationalen Sicherheitsrates auszubauen und aufzuwerten. Der Umgang mit den dramatischen Entwicklungen in Afghanistan in den letzten Wochen hat einmal mehr gezeigt, wie sehr unsere Außenpolitik unter dem Fehlen einer systematisch arbeitenden und umfassend zuständigen Organstruktur leidet.

Meinen zweiten Punkt, der die außenpolitischen Entscheidungsprozeduren der EU betrifft, hatte bereits mein Freund Radek angesprochen: Vom

Ausland her, sagen wir von Asien her betrachtet, wird die EU als außenpolitischer Akteur kaum ernst genommen. Die Art, wie der von mir persönlich hochgeschätzte Hohe Beauftragte der Europäischen Union, Josep Borrell, vor einigen Monaten vom russischen Außenminister vor laufenden Kameras abgefertigt wurde, war ein Alarmsignal. Wir dürfen uns nicht wundern, dass die Außenpolitik der EU kraftlos wirkt, wenn bei jeder außenpolitischen Entscheidung – anders als in anderen Politikbereichen – jeder Mitgliedstaat jederzeit sein Veto einlegen kann, ohne dafür auch nur den geringsten Preis zahlen zu müssen. Um handlungsfähiger zu werden, müssen wir auch in der Außenpolitik dem im Vertrag von Lissabon zugrunde gelegten Prinzip der qualifizierten Mehrheitsentscheidung Geltung verschaffen. Das ist in der EU kein Selbstläufer. Dass dies für eine Reihe von Mitgliedstaaten kein gangbarer Weg ist, kann jedoch – wie bei der Entwicklung hin zur Währungsunion – kein Grund sein, das Thema nicht voranzutreiben. Und wenn die Bundeskanzlerin, der Außenminister und wichtige Abgeordnete sich seit längerem für die Einführung von Mehrheitsentscheidungen aussprechen, darf erwartet werden, dass endlich eine konkrete deutsche Initiative in Brüssel ergriffen wird. Das ist überfällig!

Mein dritter Punkt betrifft das Völkerrecht und hier das Prinzip der internationalen Schutzverantwortung, auf Englisch „Responsibility to Protect“. Nach den Erfahrungen, u. a. mit der Kosovo-Intervention, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen dieses Prinzip im Jahre 2005 beschlossen. In der internationalen Sicherheitspolitik und insbesondere in der Praxis des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen hat sich dieses Prinzip aber leider bisher (noch) nicht etablieren können. Was bedeutet das konkret? Seit dem Westfälischen Frieden, 1648, spielen Prinzipien wie Souveränität und territoriale Integrität im Völkerrecht eine zentrale Rolle und waren in den folgenden Jahrhunderten wichtige Bausteine für die Stabilisierung der sich herausbildenden internationalen Beziehungen. Wenn die Souveränität von Staaten aber auch dann unantastbar ist, wenn eine Regierung ihr eigenes Volk bekämpft oder gar auslöscht, wird das Völkerrecht zum Diktatorenschutzrecht. Das schlimmste Beispiel aus der jüngeren Geschichte sind die Luftangriffe mit chemischen Waffen, die der syrische Diktator Baschar al-Assad mit russischer Unterstützung gegen die eigene Zivilbevölkerung durchführen ließ. Warum durfte Russland das? Weil Russland nach dem Prinzip der Souveränität von Syrien eingeladen war und weil ein Mandat zur Verhinderung solcher Gräueltaten im Sicherheitsrat keine Chance gehabt hätte. Also Diktatorenschutzrecht statt Menschenrecht? Das darf im Jahre 2021 nicht mehr das letzte Wort sein. Gerade wir Deutschen, die wir gern auf dem hohen moralischen Ross sitzen, sollten die Initiative

ergreifen, um dem Prinzip der Schutzverantwortung nach und nach breitere Geltung in der Praxis zu verschaffen und daraufhin zu wirken, dass das Völkerrecht sich in Richtung eines veritablen Menschenschutzes weiterentwickeln lässt.

Noch einmal vielen Dank für die Ehrung und herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!